



Tübingen, 02.03.2026

Interfraktioneller Antrag: Prüfung der Einrichtung eines kommunalen Klimafonds

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen ein kommunaler Klimafonds für die Universitätsstadt Tübingen eingerichtet werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, in welcher Höhe und aus welchen Quellen der Fonds gespeist werden könnte, z. B. aus Haushaltsmitteln, Erträgen kommunaler Unternehmen, geeigneten Umlage- oder Beteiligungsmodellen sowie freiwilligen Beiträgen von Stiftungen, Unternehmen und Privatpersonen.
2. Im Rahmen dieser Prüfung soll dargestellt werden, wie ein solcher Klimafonds zur Förderung von konkreten Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten, Verstetigung und Aufstockung bestehender lokaler Förderprogramme (z. B. Sanierungsprämien, Beratungsangebote, Unterstützung für soziale Härtefälle im Zuge der Wärmewende) sowie zur Kofinanzierung externer Förderprogramme (Bund, Land, EU) genutzt werden kann.
3. Die Stadtverwaltung wird gebeten, Vorschläge für transparente Kriterien zur Mittelvergabe zu erarbeiten (z. B. erwartete CO₂-Minderung, Sozialverträglichkeit, Innovationsgehalt, Beitrag zu Flächenschutz und Kohlenstoffsenken), um Legitimität und Akzeptanz eines solchen Klimafonds sicherzustellen.
4. Die Ergebnisse der Prüfung einschließlich eines möglichen Zeitplans für das weitere Vorgehen sind dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Universitätsstadt Tübingen hat sich mit dem Ziel „klimaneutral 2030“ eine besonders ambitionierte klima- und energiepolitische Zielsetzung gegeben. Zurzeit hängen viele Klimaschutzmaßnahmen stark von wechselnden Förderprogrammen von Bund und Land ab, deren Konditionen und Laufzeiten sich häufig ändern oder kurzfristig enden. Kommunale Klimafonds in anderen Städten zeigen, dass eigenständige, lokal gesteuerte Finanzierungsinstrumente wesentlich zur Verstetigung von Klimaschutzaktivitäten beitragen und zusätzliche private Mittel mobilisieren können. Vor diesem Hintergrund soll geprüft werden, ob und wie ein kommunaler Klimafonds auch für Tübingen ein geeignetes Instrument sein kann, um

Klimaschutzplanung und -förderung verlässlicher und sozial ausgewogener zu gestalten.

Die Erreichung des Ziels „Tübingen klimaneutral 2030“ erfordert erhebliche Investitionen in allen Sektoren – insbesondere in Wärmeversorgung, Stromerzeugung, Mobilität, Gebäudesanierung und Kohlenstoffsenken. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Finanzierung vieler Maßnahmen stark von Drittmitteln abhängt, deren Verfügbarkeit und Ausgestaltung von der Bundes- und Landespolitik vorgegeben wird und sich kurzfristig ändern kann. Dies erschwert die langfristige Planbarkeit für Stadt, Stadtwerke, Unternehmen und Bürger*innen.

- Ein kommunaler Klimafonds kann dazu beitragen, lokale Klimaschutzmaßnahmen auf eine breitere und verlässlichere Finanzierungsbasis zu stellen,
- bestehende Förderprogramme zu verstetigen und gezielt zu ergänzen,
- zusätzliche Mittel aus der Privatwirtschaft sowie freiwillige Beiträge von Bürger*innen und Unternehmen zu mobilisieren,
- soziale Härten im Zuge der Wärmewende und anderer Transformationsprozesse abzufedern und
- innovative Projekte mit hohem Klimaschutz- und Vorbildcharakter gezielt zu fördern.

Andere Städte nutzen bereits seit Jahren entsprechende Instrumente: Beispiele sind kommunale oder regionale Klimafonds und spezielle Klima-Innovationsfonds, die aus kommunalen Mitteln, Beiträgen städtischer Unternehmen und weiteren Quellen gespeist werden und erfolgreich lokale Klimaschutzprojekte fördern. So hat etwa die Hansestadt Lübeck einen lokalen Klimafonds eingerichtet, der aus städtischen Mitteln sowie Spenden von Unternehmen, Privatpersonen und Stiftungen gespeist wird und ausdrücklich dazu dient, konkrete Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte vor Ort zu finanzieren.¹ Diese Erfahrungen sollen in die Prüfung für Tübingen einfließen, um ein rechtssicheres, wirksames und sozial ausgewogenes Modell zu entwickeln, das zur besonderen Zielsetzung Tübingens passt.

Für die Fraktion AL/Grüne: Pauline-Sophie Dittmann

Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack

Für die Fraktion Klimaliste: Matthias Feurer

¹ Konzept Lübecker Klimafonds:

<https://www.luebeck.de/files/stadtentwicklung/Klimaschutz/Konzept%20L%C3%BCbecker%20Klimafonds.pdf>